

Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 2. Februar

Nach Erfolg des Transrapid in Shanghai:

Jetzt produktive Vollbeschäftigung bei uns durch Ausbau der Eurasischen Landbrücke!

HELGA ZEPP-LAROCHE, BUNDESVORSITZENDE DER BÜSO

Im Meer der schrecklichen Nachrichten gibt es eine wirklich rundherum gute Neuigkeit: China hat in nur 22 Monaten die erste kommerzielle Strecke des Transrapid — die beste und modernste Technologie der Welt für den Personenverkehr — fertiggestellt. Bundeskanzler Schröder, der mit einer ganzen Delegation zur Eröffnung nach Shanghai gefahren war, zeigte sich von der Effizienz der Chinesen und der in Shanghai sichtbaren enormen Wirtschaftskraft ganz offensichtlich beeindruckt. In seiner Neujahrsansprache unterstrich er, daß die deutsche Wirtschaftspolitik wieder den Prinzipien des industriellen Fortschritts folgen müsse. Wenn Schröder in diese Richtung geht, dann kann er sich der breitesten Unterstützung in der Bevölkerung sicher sein.

Denn es gibt kaum einen vernünftigen Bürger in Deutschland, der bei der kompetenten Fertigstellung der Transrapidstrecke in Shanghai nicht berechtigten Stolz über diese phantastische deutsche Technologie empfunden hätte. Die Kürze der Bauzeit, in der eine beeindruckende Kompetenz deutscher und chinesischer Ingenieure zum Tragen kam, machte um so schmerzlicher den hanebüchernen Unsinn deutlich, mit dem das ungeheure Gestrüpp von ökologischen Gesetzen, Bestimmungen, Vorschriften und bürokratischen Genehmigungsverfahren bei uns in Deutschland die Wirtschaft stranguliert.

Die chinesische Absicht, weitere 300 Kilometer der Transrapidstrecke zu bauen und diese Technologie auch in deutsch-chinesischen Joint Ventures in Drittländern zu vermarkten, zeigt darüber hinaus, daß die Zukunft der deutschen Wirtschaft genau in der Entwicklung der asiatischen Exportmärkte liegt. Der Ausbau der Eurasischen Landbrücke durch sogenannte Entwicklungskorridore ist längst nicht mehr nur das Programm der BüSo, obwohl wir durch Hunderte von Konferenzen und Seminaren, die wir in den letzten zwölf Jahren in vielen Ländern Eurasiens abgehalten haben, als Ideengeber dieses Konzepts einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, daß diese Idee der eurasischen infrastrukturellen Integration heute auf der Tagesordnung steht. Der Ausbau der Landbrücke wird jetzt aktiv von vielen Regierungen Asiens als bewußte Strategie der Friedenssicherung durch wirtschaftliche Kooperation vorange-trieben.

Das war z.B. auch das Hauptthema bei der jüngsten Reise des russischen Präsidenten Putin nach Beijing und Neu Delhi, bei der er die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb des „strategischen Dreiecks“ Rußland, China und Indien in den Vordergrund stellte. In die gleiche Richtung ging der Gipfel der „Asean plus vier-Staaten“ in Pnom Penh, an dem auch der indische Premierminister Vajpayee teilnahm. Dort wurde u.a. der Ausbau des Mekong-Beckens beschlossen. Alle Nachbarn der koreanischen Halbinsel unterstützen den früheren Präsidenten Südkoreas Kim Dae-jung und den neuen Präsidenten Roh darin, die „eiserne Seidenstraße“, d.h. die durchgehende Eisenbahnverbindung von Pusan über Nordkorea, China, Rußland bis nach Rotterdam, als bewußte Politik der Friedenssicherung auszubauen. Kein Land der Region hat auch nur das geringste Interesse an einer geopolitischen Destabilisierung der Region, wie sie mit der Bezeichnung Nordkoreas als Teil einer „Achse des Bösen“ oder der Forderung nach einem „Regime-Wechsel“ in Pjöngjang angedroht wird.

Alle diese Staaten Asiens – China, Indien, Rußland, Südkorea, die Asean-Staaten und die zentralasiatischen Länder – sind fest entschlossen, die Eurasische Landbrücke als gemeinsames wirtschaftliches Interesse und als bewußte Friedenspolitik zu verwirklichen. Und sie alle wollen, daß Deutschland und ganz Westeuropa, ebenso wie Japan, sich an diesem Jahrhundertprojekt praktisch von beiden Enden aus mit ihrem wissenschaftlichen und technologischen Potential als wirtschaftliche



Helga Zepp-LaRouche hat auf mehreren Chinabesuchen der letzten Jahre maßgeblich zur Verwirklichung des Transrapidprojekts in Shanghai beigetragen. Im Bild links ist sie 1998 in Lianyungang, dem östlichen Endpunkt der Eurasischen Landbrücke.

Zugpferde beteiligen. Und hier liegt die Zukunft für die Wirtschaft Deutschlands, das als rohstoffarmes Land genauso wie Japan auf expandierende Exportmärkte mit reicher werdenden Kunden angewiesen ist.

Dazu ist es jetzt nötig, die Wirtschaftspolitik in Deutschland auf diese Zukunftsperspektive hin auszurichten und anzupassen. Und dazu brauchen wir die Verwirklichung des Lautenbach-Plans.

Produktive Kreditschöpfung

Unter ganz ähnlichen Bedingungen von Depression, hoher Arbeitslosigkeit und Weltwährungskrise, wie wir sie heute erleben, präsentierte der Ökonom Dr. Wilhelm Lautenbach im September 1931 auf einer Konferenz

Modell der ungezügelter freien Marktwirtschaft, zu dem damals auch die Reparationszahlungen gehörten. Um die gleiche Weichenstellung geht es auch heute: Soll Deutschland eine Industrienation bleiben oder nicht?

Für eine produktive Kreditschöpfung im Sinne Lautenbachs ist die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) genau wie bereits in der Wiederaufbauphase nach 1945 das beste Mittel. Der Bankier Hermann Josef Abs hatte damals die Idee unterstützt, die KfW nach dem Modell der amerikanischen „Reconstruction Finance Corporation“ aufzubauen, mit der Präsident Franklin D. Roosevelt die amerikanische Wirtschaft aus der Depression herausgeführt hatte.

In Deutschland existieren heute konkrete Pläne für den Bau von 1200 km Transrapidstrecken, mit deren Verwirklichung sofort begonnen werden könnte. Es wäre natürlich sinnvoll, den Bau dieser Strecken in einen europäischen Gesamtverkehrswegeplan einzubetten, der wiederum Teil der Eurasischen Landbrücke sein muß. Auf den Punkt gebracht: Der Transrapid muß von Hamburg, Düsseldorf und München bis nach Shanghai fahren! Ein solches Programm zur Überwindung der Depression wird um so nötiger sein, da sich die Weltfinanz- und -wirtschaftskrise in den nächsten Wochen dramatisch zuspitzen wird. Nur wenn die Verwirklichung einer neuen internationalen Finanzarchitektur, eines Neuen Bretton Woods, und eines industriellen Wiederaufbauprogramms im Sinne Lautenbachs auf die Tagesordnung gesetzt wird, kann eine Katastrophe wie in den 30er Jahren verhindert werden.

Der Elysée-Vertrag

Am 22. Januar jährt sich der deutsch-französische Freundschaftsvertrag zum vierzigsten Mal. Dieser sog. Elysée-Vertrag, den Adenauer und de Gaulle 1963 als Grundlage einer gemeinsamen Außenpolitik abschlossen, kann auch heute eine entscheidende Rolle für die Überwindung der Krise spielen. Wenn Frankreich und Deutschland gemeinsam den Ausbau moderner Infrastruktur als Teil der Eurasischen Landbrücke beschließen, wird sich Italien diesem Entwicklungsmotor zweifellos ebenso anschließen wie der gesamte restliche europäische Kontinent.

Wenn Frankreich und Deutschland sich gemeinsam darauf verständigten, daß der Maastrichter Vertrag und der Stabilitätspakt aufgrund der Krise ausgesetzt werden müßten, wird genau dies geschehen, und Italien und die anderen Staaten werden folgen. Immerhin hat EU-Präsident Prodi den Maastrichter Vertrag bereits als „dumm“ bezeichnet. Und wenn Frankreich und Deutschland wieder zu ihrer Identität als Industrienationen und zu der Effizienz zurückfinden wollen, die uns die Chinesen gerade in Shanghai demonstrieren haben, dann müssen wir, gemeinsam mit Frankreich, das schon ungeheure Gestrüpp von ökologischen Gesetzen, Bestimmungen, Vorschriften und bürokratischen Genehmigungsverfahren auf Eis legen. Wenn Deutschland und Frankreich als Teil des 40jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrages beschließen, daß dieses ökologische Gesetzesgestrüpp, die Finanzliberalisie-

Die Kandidaten für Niedersachsen:

Braunschweig-Südost: Andreas Richter, Vermessungstechniker
Hannover-Südost: Katharina Pagel, Krankenschwester
Hannover-Mitte: Frauke Richter, Krankenschwester
Hannover-Südwest: Steffen Brosig, Beamter
Osterholz: Karl Kasimir, Spediteur
Altkreis Bremervörde: Maria Räuschel, Schwesternhelferin
Langenhagen: Karin Häge, kaufmännische Angestellte
Peine: Wolfhard Peters, Industriekaufmann

der Friedrich-List-Gesellschaft einen Plan zur Wiederankurbelung der Wirtschaft.

Dr. Lautenbach betonte damals, die normalen Marktmechanismen griffen in einer solchen Krise bei steigender Arbeitslosigkeit, schwindender Kaufkraft und schrumpfendem Verbrauchervertrauen nicht mehr. Deshalb müsse man vorrangig den gesamtwirtschaftlichen Kostenfaktor der Arbeitslosigkeit beseitigen, und dies könne speziell beim Versagen der „Marktkräfte“ nur der Staat tun. Dieser müsse staatliche produktive Kredite zur Wirtschaftsankurbelung zur Verfügung stellen, deren Vergabe allerdings an strikte Bedingungen geknüpft sein müsse. Es dürfe nur in solche realwirtschaftlichen Projekte investiert werden, die zu einer realen Kapitalbildung führen.

Solche Investitionen, z.B. in die Infrastruktur, hätten durch ihren direkten und indirekten Ankurbelungseffekt zur Folge, daß die Steuereinnahmen letztlich höher ausfielen, als die ursprünglich ausgegebenen Kredite kosteten. Umgekehrt sei Sparen genau das Falscheste, weil jede neue Sparmaßnahme nur weitere produktive Kapazitäten und Arbeitsplätze vernichte und damit das Steueraufkommen noch mehr reduzierte. Der Staatshaushalt könne daher nicht durch Sparen ausgeglichen werden, sondern nur durch Investitionen, eine Steigerung der Produktion und höheres Steueraufkommen. Es müßten unter Bedingungen der Wirtschaftskrise genau jene Projekte realisiert werden, die getätigt würden, würde es der Wirtschaft gut gehen.

Es ist offensichtlich, daß Dr. Lautenbach mit den Prinzipien des von Friedrich List so benannten „Amerikanischen Systems“ vertraut war, das von Präsident Lincolns führendem Ökonomen Henry Carey vertreten wurde. Bismarck verwirklichte 1877 die gleichen wirtschaftlichen Prinzipien und legte damit die Basis für die Entwicklung Deutschlands als hochentwickelte Industrienation. Lautenbach argumentierte 1931 faktisch gegen das „englische“

Modell der letzten 35 Jahre und das monetaristische, wachstumsabwürgende Korsett von Maastricht aufgrund der Krise kurzerhand außer Kraft gesetzt wird, dann wird dies auch geschehen. Wenn die Krise überwunden ist, aber nur dann, kann man den Sinn oder Unsinn dieser Bestimmungen neu beraten.

Alte Freundschaften, wie die, die von Adenauer und de Gaulle zwischen Deutschland und Frankreich begründet wurde, haben oft über längere Zeiträume ihren Sinn in kleinen, überschaubaren Bereichen wie Jugendaustausch, Sprachenförderung usw. Manchmal aber werden diese Freundschaften mit der Herausforderung konfrontiert, gemeinsam größere Aufgaben für andere zu übernehmen. Genau das ist heute der Fall, wenn Frankreich im Januar und Deutschland im Februar den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernehmen, den beiden Monaten, in denen es vor allem darauf ankommen wird, den Krieg gegen den Irak zu verhindern. Eine solche gemeinsame große Aufgabe ist aber auch die infrastrukturelle und wirtschaftliche Integration Eurasiens als Politik der Friedenssicherung in Eurasiens.

Also, packen wir es an! Über diese zukunftsentscheidenden Fragen brauchen wir eine nationale Debatte in Deutschland, aber auch in Frankreich. Eine ausgezeichnete Gelegenheit für eine solche breite Diskussion in der Öffentlichkeit sind die Landtagswahlkämpfe in Hessen und in Niedersachsen, denn nur wenn Sie, liebe Wähler, sich über dieser Fragen, von denen letztlich das Schicksal Europas abhängt, voll bewußt sind, können Sie die richtige Entscheidung treffen.

Damit in dieser außergewöhnlichen Situation die Stimme der Vernunft gehört wird, wählen Sie am 2. Februar in Hessen und Niedersachsen die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)!

Die Kandidaten für Hessen

Die Landesliste:

1. Michael Weißbach, 52 Jahre, Journalist
2. Alexander Hartmann, 41 J., Journalist
3. Renate Leffek, 51 J., Chemielaborantin
4. Lutz Schauerhammer, 53 J., Informatiker
5. Andrea Andromidas, 52 J., Apothekerin
6. Louis Donath, 50 J., Handwerker
7. Patricia Ivanov, 27 J., Reiseverkehrskauffrau
8. Peter R. Hummel, 37 J., Programmierer
9. Hans Peter Müller, 49 J., Angestellter
10. Gabriele Schulz, 47 J., Chemielaborantin
11. Tillmann Mächler, 44 J., freier Redakteur
12. Angelika Steinschulte 50 J., Angestellte

Direktkandidaten und Ersatzkandidaten

Wahlkreis Wiesbaden-Mitte (29):

Angelika Steinschulte 50 J., Angestellte
Patricia Ivanov, 27 J., Reiseverkehrskauffrau

Wahlkreis Wiesbaden-West (30):

Lutz Schauerhammer, 53 J., Informatiker
Ortrun Cramer, 53 J., Journalistin

Wahlkreis Wiesbaden-Ost (31):

Alexander Hartmann, 41 J., Journalist
Tillmann Mächler, 44 J., freier Redakteur

Wahlkreis Frankfurt (34):

Tarik Mesfun, 23 J., Kaufmännische Angestellte
Ronald Mohr, 43 J., Arbeiter

Wahlkreis Frankfurt (36):

Michael Weißbach, 52 J., Journalist
Gabriele Schulz, 47 J., Chemielaborantin

Wie die Machtübernahme der Nazis hätte verhindert werden können!

Die Bedeutung des Lautenbach-Plans heute

Die Wirtschaftsdebatte Anfang der 30er Jahre ist heute ein wirkliches Tabuthema. Es ist schon ein erstaunliches Phänomen, daß über diese Diskussion, die damals im Bewußtsein aller Beteiligten eine ungeheure Bedeutung besaß, heute so gut wie nicht gesprochen wird und kaum jemand von ihr weiß.

Was macht diese Wirtschaftsdebatte heute so brandaktuell? Das System der Globalisierung, der freien Marktwirtschaft, ist hoffnungslos bankrott. Wer sich das bisher nicht vergegenwärtigt hat, den möchte ich bitten, die Rede eines der Gouverneure der US-Notenbank Federal Reserve, eines gewissen Ben S. Bernanke, zu lesen, die dieser vor einigen Wochen gehalten hat. Diese Rede wird im Augenblick in den Zentralbanken und unter allen Insidern in London, der Wall Street, in Zürich, lebhaft diskutiert, weil sie einen Tabubruch von ungeheurer Dimension darstellt. Bernanke sagte, daß es heute mit den Mitteln der elektronischen Geldvermehrung viel einfacher sei, Liquidität zu erzeugen, als zu den Zeiten, als man noch eine altmodische Druckerpresse brauchte, um Geld zu drucken. Damit hat er eines der bestgehüteten Geheimnisse der „freien Marktwirtschaft“ preisgegeben: Wenn das System in existentielle Schwierigkeiten gerät und in einer sich kaskadenartig ausbreitenden Bankrottelle von Großbanken und Großkonzernen im Chaos platzender Spekulationsblasen unterzugehen droht, bleibt entsprechend dieser Ideologie als verbleibendes letztes Mittel nur noch die Geldschöpfung über die Druckerpresse. Genauo ging 1923 die Reichsbank vor, nur mit dem Unterschied, daß diese hyperinflationäre Geldschöpfung damals auf Deutschland begrenzt blieb, während heute die ganze Welt betroffen ist. Aber, wie man sich aus der Geschichte erinnern sollte, frißt jegliche *Hyperinflation* — und von nichts anderem spricht Bernanke — alle Geldwerte auf, vor allem die Sparguthaben der kleinen Leute.

Die jetzige Lage

Heute stehen wir genau an diesem Punkt. Die Lage in Lateinamerika ist extrem angespannt. Argentinien hat die Schuldenzahlungen auf seine Auslandsschulden eingestellt. Das betrifft zwar „nur“ 800 Mio. Dollar, aber das Wichtige daran ist die Signalwirkung dieses Schritts. Das Land steht vor dem politischen und territorialen Zerfall und ist nicht mehr bereit, sich an die „freimarktwirtschaftlichen“ Spielregeln zu halten.

Auch die Situation in Brasilien ist hochdramatisch: Am 1. Januar tritt der neue Präsident Lula da Silva sein Amt an. Die Hysterie darüber, was Brasilien mit seinen 500 Mrd. Dollar Auslandsschulden tun wird, ist ungeheuer. Lyndon LaRouche hat richtigerweise gesagt, daß kein anderes Beispiel deutlicher macht, warum dieses System hoffnungslos, unrettbar bankrott ist. Brasilien hat nur zwei Möglichkeiten: Entweder es kapituliert und versucht, die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erfüllen, dann drohen „argentinische Verhältnisse“; oder es lehnt die IWF-Forderungen ab, und dann steht der IWF ebenfalls vor der Zahlungsunfähigkeit, denn 500 Mrd. Dollar reichten aus, um einige Großbanken in Amerika, aber auch in Spanien und anderswo in den Bankrott zu treiben.

Die Lage in Japan ist aufgrund der Bankenkrise und der Depression noch viel brisanter. Das wirkliche Epizentrum der Krise hat sich längst in die USA selbst verlagert.

Der sich jetzt dramatisch abzeichnende Kollaps des Dollars wird im Gegensatz zum Wunschdenken einiger Finanzkreise nicht „begrenzt“ sein oder kontrolliert ablaufen. Das globale Finanzsystem ist letztlich auf dem Dollar aufgebaut; kollabiert der Dollar, kommt es zu einer weltweiten Kettenreaktion, die auch die europäischen und asiatischen Exporte in Mitleidenschaft ziehen wird. Wir befinden uns in der Endphase des Kollapses. Und diese Situation prägt ohne Zweifel die Hauptdynamik der Wirtschaftskrise in Deutschland — obwohl sich heute natürlich auch einige hausgemachte Probleme, die mit dem Wertewandel der letzten 35 Jahre zu tun haben, auswirken.

Rückblick in die Ära Brüning

Etwa einen Monat nach der Bundestagswahl hat Oskar Lafontaine die heutige Lage mit der Zeit der Regierung Brüning verglichen. Lafon-

- Wie kann die Arbeitslosigkeit wirksam gesenkt und Millionen produktiver Arbeitsplätze geschaffen werden?
- Welche Vorschläge wurden dazu 1931-32 vorgelegt, die Hitlers Machtergreifung verhindert hätten, wenn sie rechtzeitig durchgeführt worden wären?
- Wie läßt sich der Transrapid auch bei uns finanzieren?

Zu dieser Problematik hielt die BüSo-Vorsitzende Helga Zepp-LaRouche am 18. Dezember 2002 bei einem Seminar der EIR-Nachrichtenagentur eine wichtige Rede, welche die BüSo derzeit in großer Auflage verbreitet.

taine erklärte, die Sparpolitik Eichels entspreche der Politik Brünings — wobei Brüning als der Wegbereiter Hitlers gilt, der durch seine Austeritätspolitik die Weimarer Republik zu Fall gebracht habe.

Der rechtsliberale Politologe und Historiker Arnulf Baring ging sogar soweit, drastische Verfassungsänderungen zu fordern, weil es im Grundgesetz „leider“ kein Äquivalent zum berüchtigten Artikel 48 der Weimarer Verfassung gebe, der die Regierung unter Umgehung des Reichstages zum Regieren per Notverordnungen ermächtigte.

Zur Zeit des Übergangs der Regierung Müller zur Regierung Brüning, auf die dann von Papen und von Schleicher folgten, trat das Versagen der demokratischen Kräfte deutlich zutage. Keine der Reichstagsparteien verfügte damals angesichts des Scheiterns des „liberalen Systems“ über ein politisches und wirtschaftliches Konzept. Ein wichtiger Teil dieses Systems waren die Reparationszahlungen, die Deutschland leisten mußte. Als die große Koalition unter Müller scheiterte, folgte eine ganze Reihe von Regierungen, die alle mit Notverordnungen regierten und alle untergingen.

Heute befinden wir uns in einer ähnlichen Situation. Keine der Bundestagsparteien hat ein Konzept, was zu tun ist. Der systemische Kollaps heute ist weit schlimmer als die große Depression der 30er Jahre. Es gibt zwar Parallelen, wie etwa ein Vergleich der Aktienkursentwicklung von 1918-40 und von 1980 bis heute zeigt, aber die Systemkrise ist heute viel gravierender. Deswegen besteht die reale Gefahr einer Neuaufgabe des Artikel 48, und vielleicht einer Diktatur.

Und wenn wir heute die Regierung Schröder verteidigen, geschieht dies nicht, weil wir Schröders Wirtschafts- und Finanzpolitik richtig finden, sondern weil unter der gegenwärtigen Konstellation in Deutschland sogar ein Schröder, mit all seinen Problemen, zum Dreh- und Angelpunkt des Widerstandes gegen eine neue „Brüning-Politik“ werden muß. Deshalb versuchen wir, die Politik Schröders zu ändern, aber nicht Schröder zu ersetzen.

Schröder steht heute an einem Scheideweg: Er kann, wie Thomas Schmid in der FAZ ihm rät, kühl kalkulierend den Rückbau des Sozialstaates ordentlich in die Wege leiten, um dann für die Konkurrenz „uneinholbar“ zu sein. Er solle beim Abbau des Sozialstaats Führung zeigen, findet Schmid (der übrigens bei den Hausbesetzungen im Frankfurter Westend in den 70er Jahren zu Joschka Fischers sog. „Putztruppe“ gehörte).

In diesem Zusammenhang sollte man sich vergegenwärtigen, daß Peregrine Worsthorne am 4. Februar 1996 im *Sunday Telegraph* schrieb: „Ich sage nicht, daß wir vom Sozialstaat direkt zum Polizeistaat übergehen müssen. Aber *welfareism* [der Wohlfahrtsstaat] ist eine Idee, deren Zeit nun einmal vorbei ist. Für viele unseres Volkes wird das Leben im späten 20. und im 21. Jahrhundert widerlich, brutal und zudem kurz sein.“ Damit wird natürlich auf die lebensverkürzenden Maßnahmen der Gesundheitsreform und ähnlicher Entwicklungen angespielt, die eintreten, wenn der Sozialstaat erst einmal abgebaut ist. Worsthorne ist der Stiefsohn Montagu Normans, des früheren Chefs der Bank von England, der Hitler finanziell unter die Arme griff und mit an die Macht gebracht hat.

Schröder kann es aber auch anders machen. In einem sehr interessanten Artikel schrieb Prof. Herbert Giersch, der als Chef des neoliberalen Kieler Weltwirtschaftsinstituts zu den „fünf Weisen“ gehörte, am 24. November 2002 in der *Welt am Sonntag* zur gegenwärtigen Wirtschaftslage: „Vor 70 Jahren, als die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen war, beeilten sich einige namhafte Ökonomen unterschiedlicher Couleur wie Wagemann, Woytinsky, Baade, Lautenbach, Lombard, Löwe und Lederer, die politische Klasse und die öffentliche Meinung für seine aktive Ausgaben-Politik zu erwärmen. Sie hätte sehr wahrscheinlich den Nationalsozialisten den Wahlsieg vom Sommer 1932 gekostet.“

Dieser Artikel besaß eine ungeheure Signalwirkung. Zum ersten Mal griff eine anerkannte akademische Größe in einer Wochenzeitung mit großer Öffentlichkeitswirkung das auf, was bisher in dieser Zuspitzung nur von LaRouche, von mir und von der BüSo generell vertreten wurde: Hitler hätte verhindert werden können, wenn man rechtzeitig die Wirtschaftspolitik geändert hätte!

Man sollte eigentlich annehmen, daß dieses Thema für das heutige Deutschland von allergrößtem Interesse sei. Denn damals gab es eine breite Koalition gesellschaftlicher Kräfte, die sogenannten „Reformer“, zu der Anfang der 30er Jahre der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) sowie eine Gruppe von Ökonomen um Dr. Wilhelm Lautenbach, der eine führende Funktion im Reichswirtschaftsministerium innehatte, aber auch industrieorientierte Bankiers gehörten, die verschiedene Konzepte vorlegten, wie man durch produktive Kreditschöpfung die Arbeitslosigkeit überwinden könnte.



Die Gewerkschaftsversion des „Lautenbach-Plans“ wurde vom ADGB-Ökonomen Woytinsky entworfen und trug den Namen „Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan“.

Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Bau der Transrapidstrecke Hamburg-Berlin-Dresden (450 km)

Wirtschaftsbereich	Arbeitsplätze
Maschinenbau, Automobil, Stahlbau	53.000
Bau	53.000
Elektrotechnik	39.000
Leichtindustrie	19.000
Dienstleistungen	18.000
Verkehr, Nachrichtenwesen	18.000
Baustoffe	17.000
Metallverarbeitung	10.000
Chemie	6.000
andere	17.000
gesamt	250.000

Quelle: IFB, EIR

1933 setzte Franklin D. Roosevelt die Politik des „New Deal“ durch und führte Amerika mit Hilfe produktiver Kreditschöpfung aus der Depression heraus. Hätte sich damals in Deutschland die gleiche Politik durchgesetzt, wie sie von Woytinsky und Lautenbach vertreten wurde, wäre Hitler wohl kaum an die Macht gekommen, und der Zweite Weltkrieg wäre uns erspart geblieben.

Um so erstaunlicher ist es, daß diese wirtschaftspolitische Debatte von 1930 bis 1932 in Deutschland fast völlig totgeschwiegen wird. Statt dessen herrscht allerorten der Mythos vor, die Nazis und Hjalmar Schacht hätten mit der Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit überwunden. Aber so war es nicht.

Die Wirtschaftsdebatte 1930-32

Am 28. Juni 1928 bildete der Sozialdemokrat Herrmann Müller eine große Koalition aus SPD, DVP, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei. 1929 kam es zum Börsenkrach. Bereits Anfang 1930 wurde Müller im Zusammenhang mit einem Streit über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung gestürzt. Im März 1930 lag die Zahl der Arbeitslosen um 537 000 Personen höher als im gleichen Vorjahresmonat. Am 30. März 1930 beauftragte Reichspräsident Hindenburg dann Brüning mit der Bildung einer Koalitionsregierung. Nach dem Amtsantritt Brünings stieg die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahreszeitraum im April um 1 432 000. Nach der ersten Notverordnung betrug der Unterschied bereits zwei Millionen. Nach weiteren Deflationsmaßnahmen Brünings im Dezember 1930 lag die Arbeitslosigkeit im März 1931 um 2,8 Mio. höher als im März des Vorjahres. Am 8. Dezember 1931 wurde eine neue Notverordnung erlassen, die Lohnsenkungen um bis zu 10%, drastische Preissenkungen und eine Zinsobergrenze von 6% verfügte. Im März 1932 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf sechs Millionen. Bei den Reichstagswahlen im Sommer erreichte die NSDAP 37,4% der Stimmen und damit 230 Reichstagsitze. Damit war sie praktisch die stärkste politische Kraft im Lande.

Während dieses hochdramatischen Zeitraums von 1930 bis Anfang 1933 legten verschiedene Kräfte Konzepte für die Wiederbelebung der Wirtschaft vor. Die wichtigste Rolle kam dabei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu, der mit 8 Millionen Mitgliedern — 80% der organisierten Arbeiterschaft — die größte Massenorganisation in Deutschland war.

Führender Kopf hinter diesen wirtschaftspolitischen Vorschlägen war Wladimir Woytinsky, der 1922 aus St. Petersburg nach Deutschland gekommen war und seit 1929 die Statistische Abteilung des ADGB leitete. Bereits im Frühjahr 1931 hatte er ein internationales Programm gegen die Weltwirtschaftskrise vorgelegt, wobei er die Deflationspolitik Brünings scharf kritisierte, da diese die Krise nur verschlimmerte. Im gleichen Jahr wies er in einem Buch auf den qualitativ neuen Charakter der Weltwirtschaftskrise hin, weswegen die traditionellen kapitalistische Automatismen nicht mehr funktionierten. Es seien antideflationistische Vereinbarungen zwischen den Nationen erforderlich, um so zusätzliche Kaufkraft zu schaffen. Diese zusätzliche Kaufkraft müsse produktiv eingesetzt, d.h. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in öffentlichen Projekten verwendet werden.

Woytinsky griff den „Abbauwahn“ Brünings bei den Löhnen und Sozialleistungen scharf an (heute könnte man von einem Eichel-Abbauwahn sprechen). Am 9. März 1931 setzten sich dann auf einer Vorstandssitzung des ADBG Fritz Tarnow, der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft und Beauftragter für Arbeitsbeschaffung beim ADBG, und Wilhelm Eggert für ein internationales Programm gegen die Weltwirtschaftskrise ein.

Bereits im Juni 1931 veröffentlichte Woytinsky in einem ersten großen Artikel in der theoretischen Zeitschrift *Die Arbeit* ein Plädoyer für eine aktive Wirtschaftspolitik des ADBG. Dort heißt es:

„Die Arbeiterorganisationen, die sich auf die selbstheilenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlassen, sind der Gefahr ausgesetzt, daß sie langsam verbluten. Seit Jahr und Tag steht die Arbeiterschaft Deutschlands im schwierigen Abwehrkampf. Je tiefer die Krise, um so ungünstiger werden die Bedingungen

dieses Kampfes. Die Arbeiterorganisationen haben die Freiheit des Manövrierens verloren, sie können weder die Zeit noch den Gegenstand der Auseinandersetzungen mit den Gegnern wählen... Zielbewußte, tiefgreifende Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft waren nie notwendiger als in der heutigen Situation. Die Arbeiterbewegung braucht ein *wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm*, das den Arbeitern wie auch den anderen Volksschichten zeigt, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Not sehen. Gegenwärtig haben wir kein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm. Wir haben eine Liste sozialer Forderungen, die wir nach bestem Wissen und Können durchzusetzen versuchen. Wir haben eine bestimmte Stellungnahme zu einzelnen Fragen der Wirtschaftspolitik. Ein *Programm* haben wir nicht.“

Er forderte eine aktive Einstellung zur Wirtschaftspolitik. Im Unterschied zur passiven „meteorologischen“ Einstellung, die lediglich beobachte, brauche man eine aktive Einstellung, wie etwa in der Medizin, die die Aufgabe habe, Krankheiten zu heilen, Leiden zu mildern, ihrer Verbreitung vorzubeugen. Die Konjunkturforschung müsse sich von ähnlichen Prinzipien leiten lassen. Es müßten „Faktoren ins Leben gerufen werden, die jeden Unternehmer zur Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit anreizen. Demnach muß man die Möglichkeit erforschen, die nicht ausreichende wirtschaftliche Initiative der Privatunternehmer durch die öffentliche Arbeitsbeschaffung zu ergänzen.“ Zwischen Nationen müßten Vereinbarungen zur Kaufkraftsteigerung getroffen werden. Man müsse eine schöpferische Offensive beginnen und nicht nur Abwehrgedächte führen.

Nötig sei eine aktive Konjunkturpolitik, die sich mit der Weltwirtschaftskrise beschäftigt: „Sämtliche Völker leiden darunter, daß die Weltwirtschaft krank ist. Sie müssen also ihre Kräfte auf eine gemeinsame Aktion für die Überwindung der Weltkrise konzentrieren.“ Auf die heutige Lage bezogen wäre das die Eurasische Landbrücke.

Im Punkt 3 dieses Aktionsprogramms heißt es: „Kein anderes Land ist härter als Deutschland von der Weltkrise betroffen. Und in Deutschland ist die Arbeiterschaft die Klasse, die am meisten unter der Wirtschaftsdepression leidet. Dementsprechend muß Deutschland die Initiative der tatkräftigen internationalen Politik zur Bekämpfung der Weltkrise ergreifen, und die deutsche Arbeiterklasse, (Gewerkschaften, und Sozialdemokratie) muß für sich die Rolle des Trägers des Gedanken der aktiven Weltwirtschaftspolitik beanspruchen.“

Und unter Punkt 6 schreibt er: „Die durch internationale Geldschöpfungspolitik freiwerdenden Mittel müssen für die Arbeitsbeschaffung, und zwar für die Verwirklichung eines großzügigen Planes des Wiederaufbaus Europas verwendet werden.“ Hier findet sich in den 30er Jahren prinzipiell das gleiche Konzept, das wir mit dem „Produktiven Dreieck“ für Europa 1989 vorgeschlagen haben und was heute für Eurasien die Eurasische Landbrücke darstellt.

Am 31. Dezember 1931 veröffentlichten Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade, der landwirtschaftliche Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion, die „Thesen zum Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise“ und legten sie dem ADGB-Vorstand vor. U.a. war darin vorgesehen, eine Million Arbeitslose in Beschäftigung zu bringen. Dafür sollten 2 Mrd. Reichsmark in Form einer Währungsanleihe der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden.

Am 26. Januar 1932 wurde ein Arbeitsbeschaffungsplan, der nach seinen Urhebern sogenannte WTB-Plan (Woytinsky, Tarnow, Baade) vorgelegt, der auf der Idee basierte, langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen und Amortisationsraten gegen Schuldverschreibungen auszugeben, die dann z.B. von der Reichskredit AG ausgezahlt werden und bei der Reichsbank diskontierbar sein sollten.

Der ADGB stimmte für diesen WTB-Plan, aber die SPD-Spitze unter Otto Wels und die sogenannten Wirtschaftsexperten der SPD, Hilferding, Naphtali und Bauer, lehnten ihn ab. Woytinsky schrieb später in seiner Autobiographie: „Es kam mir so vor, als sähe ich förmlich vor Augen, wie Brüning Deutschland in die Katastrophe führte... Man darf über Brüning und seine Irrtümer aber nicht allzu streng den Stab brechen. Er teilte seine falschen Ideen mit vielen seiner Berater in der eigenen und in der Sozialdemokratischen Partei. Hätte letztere seine Politik nicht unterstützt, hätte er sie womöglich aufgegeben.“

Der „Lautenbach-Plan“

Soviel zu den Konzepten der Gewerkschaftsseite. Parallel dazu fand am 16. und 17. September 1931 eine Geheimkonferenz der List-Gesellschaft statt, an der u.a. Dr. Wilhelm Lautenbach, Hans Luther, der Präsident der Reichsbank, und der SPD-Wirtschaftsexperte Rudolf

Hilferding teilnahmen. Dort stellte Lautenbach seine äußerst wichtige Denkschrift „Möglichkeiten einer Konjunkturbelebung durch Investition und Kreditausweitung“ vor, die ich nur jedem zur Lektüre empfehlen kann. Darin heißt es:

„Der natürliche Weg zur Überwindung eines wirtschaftlichen und finanziellen Notstandes ist... nicht Einschränkung, sondern Leistungssteigerung.“ Es herrsche ja gerade der „paradoxe Zustand“, daß „trotz außerordentlich gedrosselter Produktion laufend die Nachfrage hinter dem Angebot zurückbleibt, und daher die Tendenz zu immer weitergehender Produktionsdrosselung“ entstehe. Unter Depressionsbedingungen gebe es „Warenüberschüsse, brachliegende Produktionsanlagen und brachliegende Arbeitskräfte“. Der Einsatz dieses starken ungenutzten Produktionspielraumes sei „die eigentliche und dringendste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, und sie ist im Prinzip verhältnismäßig einfach zu lösen.“ Der Staat müsse einen „neuen volkswirtschaftlichen Bedarf schaffen, der volkswirtschaftlich eine Kapitalanlage darstellt. Hierbei ist an solche Aufgaben zu denken, wie... öffentliche oder mit öffentlicher Unterstützung durchgeführte Arbeiten, die für die Volkswirtschaft einen Wertzuwachs im Vermögen bedeuten und bei Wiederkehr normaler Verhältnisse ohnehin hätten ausgeführt werden müssen“ — also Straßenbau, Verbesserungen und Ausbau der Reichsbahn u.ä.

Lautenbach betonte außerdem, in einem solchen frühen Stadium könnte man die Krediterschöpfung noch zu produktiven Investitionen nutzen, später sei man dann gezwungen, sie zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit einzusetzen — *in genau der gleichen Situation befinden wir uns heute.*

Fritz Schäffer, der damalige Staatssekretär im Finanzministerium, unterstützte den Lautenbach-Plan und schrieb noch im September 1931 eine Denkschrift dazu. Ein ähnlicher Vorschlag wurde von Ernst Wagemann, dem damaligen Leiter des Statistischen Reichsamtes und des Instituts für Konjunkturforschung, vorgelegt. Im Januar 1932 veröffentlichte er in hoher Auflage seine eigenen Konzepte, die die Bereitstellung von 3 Mrd. Reichsmark für eine solche Arbeitsplatzschaffung vorsahen.

Eigentlich war die Zeit für Reformen günstig, weil die Krise des Sommers 1931 sämtliche Bestimmungen des Reichsbankgesetzes und des Young-Plans für die Reparationszahlungen ohnehin wirkungslos gemacht hatten, genauso wie die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise die Prämissen des Maastrichter Vertrages und des Stabilitätspaktes hinfällig macht.

Aber weder die Reichsregierung noch die Reichsbankleitung erkannten damals, daß die Deflation ebenso katastrophale Auswirkungen für den Geld- und Güterkreislauf wie die Inflation hätte. Und was nützen heute die brutalsten Sparprogramme Eichels, die die Deflation noch verstärken, wenn die amerikanische Federal Reserve gleichzeitig die „elektronische Notenpresse“ anwirft und durch diese Geldmengenerhöhung Hyperinflation erzeugt? In einer solchen Lage hilft nur eine völlige Neuordnung des Weltfinanzsystems und eine Wiederankurbelung der Realwirtschaft.

Zeit für grundlegende Reformen!

Fritz Schäffer schrieb am 29. Januar 1932 in seinem Tagebuch, Brüning empöre sich vor allem

Anzeige

Kernthema: Produktive Kreditschöpfung

Im Laufe der Jahre erschienen in *Neue Solidarität* zahlreiche Hintergrundartikel über unorthodoxe Möglichkeiten zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen.

Die folgende Auswahl können Sie in Kürze als PDF-Datei von der Internetseite www.solidaritaet.com herunterladen oder für 5 Euro (plus Porto und Verpackung) als Ausdruck bestellen (verlag@solidaritaet.com oder Fax: 0611-7786118).

Kreditschöpfung ohne Inflation, Buchauszug, Lyndon LaRouche, Campaigner Publ., Wiesbaden 1980

Der Lautenbach-Plan: Produktive Kreditschöpfung als Notmaßnahme gegen die Depression, Dr. Wilhelm Lautenbach, *Neue Solidarität* Nr. 2, 2002

Bundesbankkredite für produktive Arbeitsplätze, Lothar Komp, *Neue Solidarität* Nr. 38, 1996

Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB hätte Hitler-Diktatur verhindert, Gabriele Liebig, *Neue Solidarität* Nr. 46 und 47, 1996

Was bedeutet produktive Kreditschöpfung?, Gabriele Liebig, *Neue Solidarität* Nr. 47, 1996

Alternative Wege der Kreditschöpfung, Lothar Komp, *Neue Solidarität* Nr. 27, 1997

Nationalbankreform: Schlüssel zur Lösung der Wirtschaftskrise, Dr. Jonathan Tenenbaum, *Neue Solidarität* Nr. 3, 1996.

Wahlspots der BüSo in Hessen

FERNSEHEN
Mittwoch, 22.1.2003
ca. 22.30 Uhr, hr3

RUNDFUNK
Freitag, 24.1.2003
ca. 17.58 Uhr
Informationsradio hr1
Donnerstag, 30.1., ca. 8.55 Uhr.
Nachrichten- und Ereignisradio hr-chronos

über Wagemann, weil der bei den Gewerkschaften den Eindruck erweckt habe, daß es noch andere Mittel als die Deflationspolitik gebe, um die Lage zu bessern. Und zweitens könnten Wagemanns Vorschläge das Reparationsprogramm untergraben.

Viele Historiker sind zu dem Schluß gekommen, daß Brüning mit der Deflationspolitik den Alliierten beweisen wollte, daß Deutschland die Reparationen beim besten Willen nicht bezahlen könnte. Damals wurde ja schon über die Aussetzung dieser Zahlungen im Rahmen des berühmten Hoover-Moratoriums verhandelt, aber die Entscheidung darüber fiel erst, als Brüning bereits gestürzt war. Brüning war offenbar bereit, den völligen finanziellen Zusammenbruch des Reiches in Kauf zu

nehmen, nur um sein Hauptziel, die Beendigung

der Reparationszahlungen, zu erreichen.

Fritz Schäffer verstand durchaus, daß die Verwirklichung des Lautenbach-Konzepts die Beseitigung der Reparationen erschweren könnte. Aber er schrieb dazu: „Kann man es verantworten, an einer

richtigen und zweckmäßigen Lösung, die sozial entlastend und politisch beruhigend wirkt, aus taktischen Gründen vorbeizugehen?“

Schäffer war in der Folgezeit nicht mehr bereit, Brünings Prioritäten mitzutragen und bat am 19. März 1932 um seine Entlassung aus dem Amt. In seinem Tagebuch notierte Schäffer auch, es sei zu befürchten, daß die Nationalsozialisten, die bisher vergeblich nach einem Währungsprogramm gesucht hätten, Wagemanns Plan übernehmen und daraus Vorteile ziehen könnten.

Aber das war keineswegs zwangsläufig, denn sämtliche Reformvorschläge stammten von Demokraten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und von Ökonomen, die in der Tradition Friedrich Lists standen — und eben nicht von Nationalsozialisten, die in der Reichstagswahl vom 6. November 1932 sogar zwei Millionen Stimmen weniger erhielten. Hitler sprach schon vom Selbstmord als letzter Möglichkeit, falls die Bewegung scheiterte.

Was nun die Kontroverse um den Handlungsspielraum der Regierung Brüning angeht, so muß man deutlich festhalten, daß dieser nicht in erster Linie durch objektive Probleme, etwa den Widerstand des Auslands, die Inflationsangst der Bevölkerung oder den Druck von der Straße, eingeschränkt wurde, wie oft behauptet wird. Es fehlte vielmehr am Verständnis der richtigen Prinzipien der Wirtschaftspolitik. Nicht nur Brüning selbst, auch zahlreiche Ökonomen saßen falschen Wirtschaftstheorien auf.

Der Weg zur Machtergreifung Hitlers

Von Papen wurde im November 1932 erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Er schlug vor, den Reichstag aufzulösen und sich auf die Reichswehr zu stützen. General von Schleicher warnte Hindenburg, daß dies angesichts der Rechts-Links-Konfrontation zum Bürgerkrieg führen könnte. Hindenburg beharrte trotzdem auf der Ernennung von Papens, aber bis auf zwei Mitglieder des Kabinetts stimmten alle für von Schleicher.

Von Schleicher wurde am 2. Dezember 1932 der letzte Kanzler der Weimarer Republik. Er war der festen Überzeugung, daß nur ein breites

Bündnis der Arbeiterbewegung und der Reichswehr die Republik verteidigen könnte. Seit November 1932 bemühte er sich um den Aufbau der sogenannten „Querfront“, einer breiten Koalition verschiedener sozialer Kräfte, die zusammen ein wirtschaftliches Ankurbelungsprogramm durchsetzen sollten.

Der Vorsitzende des ADGB, Leipart, war ebenso für diese Querfront wie die Deutsche Katholische Gewerkschaftsbewegung, die Christlichen sowie die Freien Gewerkschaften, das Reichsbanner, der Deutsche Handlungsgehilfenverband, der Stahlhelm und der deutsche Stadt-Gemeindeverband unter seinem Präsidenten Dr. Gereke. Alle diese Leute waren bereit, von Schleicher bei diesem Programm zu unterstützen. Dr. Gereke hatte selbst ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Regierung von Schleicher ausgearbeitet, das sich an den Vorschlägen des Lübecker Industriellen Dräger und dessen Kreis orientierte.

Dräger hatte ähnliche Vorschläge entwickelt. Er wollte erst in einem ersten Schritt 3 Mrd. Reichsmark zur Verfügung stellen, und wenn dieses Modell sich bewährte, weitere 5 und schließlich 10 oder 20 Mrd. Reichsmark aufbringen. Leider wurde dieses Konzept nicht aufgegriffen, und obwohl von Schleicher am 15. Dezember 1932 eine bemerkenswerte Regierungserklärung hielt, war die Borniertheit der Sozialdemokraten damals einer der wesentlichen innenpolitischen Gründe für das Scheitern von Schleichers. Rudolf Breitscheid, der SPD-Fraktionsvorsitzende, sagte damals lapidar: „Mit einem reaktionären General spricht man nicht!“ Am 11. Januar 1933 untersagte die SPD dem ADGB-Vorsitzenden Leipart jede weitere Diskussion mit von Schleicher. Bekanntermaßen kam es drei Wochen später zu Hitlers Machtergreifung, die im übrigen mit der Hilfe Hjalmar Schachts und bestimmter anglo-amerikanischer Finanzkreise betrieben wurde.

Unsere heutige Lösungsperspektive

Man kann heute mit großer Sicherheit sagen: Wären Woytinskys Vorschläge oder die Konzepte Lautenbachs 1931 umgesetzt worden, wären uns die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erspart geblieben, die die Machtergreifung der Nationalsozialisten möglich gemacht haben. Und hätte von Schleicher nur ein halbes Jahr mehr Zeit gehabt, dieses Programm durchzusetzen, hätte dies das gleiche bewirken können. Wenn man in Deutschland den gleichen Weg wie Franklin Delano Roosevelt in Amerika gegangen wäre, hätte es vermutlich auch keinen Zweiten Weltkrieg gegeben.

Wenn man irgendetwas aus dieser historischen Entwicklung lernen will, dann dies: Es ist allerhöchste Zeit, die Fehler der 30er Jahre zu studieren, um sie nicht zu wiederholen. In der Forderung nach einer Neuordnung des Weltwährungssystems — dem Vorschlag eines „Neuen Bretton Woods“ — und der wirtschaftspolitischen Entwicklungsperspektive der „Eurasischen Landbrücke“ liegen uns heute ganz konkrete Vorschläge vor, wie der Ansatz Lautenbachs und Woytinskys verwirklicht werden könnte.

Das ist keine ferne Zukunftsmusik; das italienische Parlament hat bereits einen weitgehend an den Konzepten LaRouches orientierten Vorschlag eines neuen Finanzsystems, das sich nicht an Spekulation, sondern an Produktion orientiert, in einer Resolution mehrheitlich befürwortet. Der italienische Wirtschaftsminister Tremonti hat einen „New Deal“ für Europa gefordert, und LaRouche hat mehrfach auf die Bedeutung des strategischen Dreiecks Rußland-China-Indien hingewiesen.

In dieser Region verstärkt sich die Zusammenarbeit, und man ist an einer Einbeziehung Europas sehr interessiert. Damit ergibt sich eine ganz natürliche Orientierung für deutsche Exportmärkte innerhalb der Eurasischen Landbrücke. Wenn Bundeskanzler Schröder am Jahresende die erste kommerzielle Transrapidstrecke in Schanghai eröffnet, wird deutlich werden, wo die Perspektive für deutsche Exporte liegt.

Wir sollten alles daran setzen, um zu vermeiden, daß man uns später die Frage stellt: Warum wurden diese Vorschläge im Jahre 2002/2003 nicht aufgegriffen? Brüning war nicht zur Deflationspolitik gezwungen, weil für die Alternative keine breite soziale Unterstützung existiert hätte, sondern weil er diese Vorschläge nicht wirklich verstand und sie nicht umzusetzen wagte; deswegen verlor er die Unterstützung breiter sozialer Schichten. Heute befindet sich die Regierung Schröder in der gleichen Situation.

Ich möchte Sie alle dringend auffordern, mich dabei zu unterstützen, diese Politik in Deutschland umzusetzen. Wir sollten als ersten Schritt eine breite öffentliche Debatte über diese Periode 1930-33 und die damals vorhandenen Optionen führen und dann daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

Die LaRouche-Bewegung, deren politischer Arm die Bürgerrechtsbewegung Solidarität ist, setzt sich seit fast 20 Jahren international für die Realisierung und Nutzung der Magnetbahn-Technologie ein. Vor allem in den letzten Jahren erfolgten fast jeden Monat neue Initiativen und Erklärungen der BüSo für den Transrapid, von denen wir im folgenden nur die wichtigsten dokumentieren.

1981

Im deutschsprachigen Wissenschaftsmagazin der LaRouche-Bewegung, *Fusion*, wird unter der Überschrift „Weg vom Rad!“ über die Magnetbahn-Technologie berichtet.

1987

Unter der Überschrift „Die Zukunft hat begonnen — Erste Teilstrecke der Magnetbahn in Norddeutschland?“ berichtet Meinhard Zielke in der *Neuen Solidarität* über den Entwicklungsstand des Transrapids und fordert, statt der geplanten ICE-Strecke Köln-Frankfurt eine Magnetbahnlinie zu bauen.

1988

Ralf Schauerhammer verurteilt in der *Neuen Solidarität* die Blockade der Transrapid-Entwicklung durch die Bundesbahn und Bundesverkehrsminister Warnke.

1989

Lyndon LaRouche reagiert auf den Fall der Berliner Mauer mit dem Vorschlag, die Länder Osteuropas durch den Bau von Infrastrukturkorridoren mit dem „produktiven Dreieck Paris-Berlin-Wien“ zu verbinden — auf der Grundlage modernster Technologien wie der Magnetbahn-Technologie.

1990

In der von LaRouche angeregten Studie *Das Produktive Dreieck Paris-Berlin-Wien* wird der Bau eines gesamteuropäischen Magnetbahnnetzes als zentraler Bestandteil eines „europäischen Wirtschaftswunders als Motor für die Weltwirtschaft“ gefordert.

1991



Im Dr. Böttiger-Verlag erscheint im März das Buch *Ein Wirtschaftswunder für Osteuropa* von Lyndon LaRouche und Jonathan Tennenbaum, in dem der „Notwendigkeit der Magnetbahn“ ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Schon im August war die Erstauflage von

20 000 Exemplaren ausverkauft, weitere 20 000 Exemplare werden gedruckt.

In der ihrer „Berliner Erklärung“ fordern die Teilnehmer einer Konferenz des Schiller-Instituts: „1. Bau eines gesamteuropäischen Schnellbahnnetzes von 12 000 km Länge für den Güter- und Personenverkehr, das die konventionellen Hochgeschwindigkeitszüge mit der fortgeschritteneren Magnetbahn-Technologie verbindet und vom Atlantik bis in die Sowjetunion reicht.“

1992

Ralf Schauerhammer schreibt in der *Neuen Solidarität* unter der Überschrift: „Fliegen auf Höhe Null“: „Ganze Gruppen von Städten könnten durch die Magnetbahn zusammenwachsen, ohne daß riesige überzentralisierte Ballungsgebiete entstehen werden müssen.“ Alexander Hartmann empfiehlt in der *Neuen Solidarität* den Einsatz des Transrapids auf der gebirgigen Strecke von München nach Dresden.

1993

Dr. Helmut Böttiger verfaßt für die *Neue Solidarität* den Aufsatz „Mit Tempo 500 aus der Krise“, der später in Massenaufgabe auch als Verteilbroschüre erscheint.

Die BüSo-Kandidatin für das Amt des Münchner Oberbürgermeisters, Elke Fimmen, fordert im Rahmen einer Podiumsdiskussion den Bau einer Magnetbahnlinie von Dresden nach Berlin und über das Ruhrgebiet und die Rhein-Main-Region nach München.

Dr. Jonathan Tennenbaum empfiehlt der chinesischen Regierung in der Studie *Die Renaissance Chinas – Ein Notplan für die kommenden 100 Jahre*, „zusätzlich zu den Eisenbahnschnellstrecken... ein nationales Netz von Magnetschwebbahnen [zu errichten], um Personenverkehr zwischen den Bevölkerungszentren mit Spitzengeschwindigkeiten von 400-500 km/h zu ermöglichen.“

1994

Im Vorfeld der Entscheidung der Bundesregierung über die Zukunft des Transrapid, die An-

— EINE CHRONOLOGIE —

Der Kampf der BüSo für die Magnetbahn

Der Transrapid muß zum „Verkehrsrückgrat“ der Eurasischen Landbrücke werden.

fang März positiv ausfällt, setzt sich die BüSo energisch für die Nutzung der Magnetbahn-Technologie ein. In einem Kommentar für die *Neue Solidarität* zeigt die Landesvorsitzende der BüSo Hessen Gabriele Liebig auf, daß Projekte wie der Transrapid für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit unverzichtbar sind. Lothar Komp bezeichnet die Realisierung des Transrapids in einem Leitartikel als „Existenzfrage für Wirtschaftsstandort Deutschland“.

1995

Die BüSo veröffentlicht die Broschüre *Infrastruktur für das 21. Jahrhundert*. Darin wird der — später zurückgenommene — Beschluß der Bundesregierung, eine Magnetschnellbahnlinie Hamburg-Berlin zu bauen, begrüßt, gleichzeitig jedoch der Bau von Magnetbahnen von Berlin über Warschau, Minsk und Moskau nach St. Petersburg und von Minsk nach Kiew „als erstes derartiges Großprojekt“ gefordert. Da im Zeitraum 2005-2010 ohnehin „die bestehenden Trassen für ICE und TGV in Westeuropa erneuert werden müssen, steht die Umrüstung auf die Magnettechnik auf der Tagesordnung.“

1996

Die BüSo verteidigt den Bau der Transrapid-Linie Hamburg-Berlin gegen Versuche von SPD und Grünen, den Beschluß der Bundesregierung wieder zu kippen.

Die BüSo-Vorsitzende Helga Zepp-LaRouche nimmt im Mai auf Einladung der chinesischen Regierung an einer Konferenz über die Eurasische Landbrücke teil. Sie nutzt die Gelegenheit, um in China für die Magnetbahn-Technologie zu werben.



Wahlplakat der BüSo von 1996

1997

Die BüSo veröffentlicht die Broschüre *Zurück zur Vollbeschäftigung — Warum die eurasische Landbrücke für Deutschland überlebenswichtig ist*. Darin wird beschrieben, wie durch den Bau eines eurasischen Transrapidstreckennetzes Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Die Hamburger BüSo-Vorsitzende und Bürgermeisterkandidatin Birgit Brenner erklärt in einem Interview mit der *Neuen Solidarität*: „Neben der Hochgeschwindigkeitsbahn muß auch der Transrapid im Güterverkehr eine große Rolle spielen. Hamburg muß ein wichtiger Umschlagplatz einer Transrapid-Frachtstrecke werden und braucht dafür neue Umschlagstechnologien.“

Im Rahmen der Auseinandersetzungen über den Bau der Transrapidlinie Hamburg-Berlin veröffentlicht Frank Hahn vom Bundesvorstand der BüSo einen offenen Brief an die Bürgermeister und Landräte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, in dem er sie auf die weltweite strategische Bedeutung des Baus der Transrapidlinie Hamburg-Berlin hinweist: „Der schnellstmögliche Einsatz des Transrapid bedeutet viel mehr als nur die Schaffung von Arbeitsplätzen und Standortvorteilen für die deutsche Wirtschaft... Das wäre das längst überfällige Signal für die Verwirklichung der Vision, die 1989 nicht auf den Weg gebracht wurde: die Einigung zwischen Ost und West, Nord und Süd auf der Grundlage von Entwicklung, mit dem Ziel, eine gerechte, neue Weltwirtschaftsordnung zu errichten.“

1998

Dr. Helmut Böttiger gibt das Buch *Die Neue Seidenstraße* heraus. Darin wird beschrieben, wie

durch die Realisierung der Eurasischen Landbrücke Millionen produktive Arbeitsplätze geschaffen werden können. Teil dieses Infrastrukturprogramms ist die Schaffung transeurasischer Magnetbahnlinien.



Die LaRouche-Bewegung greift den Vorschlag des russischen Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow auf, ein „strategisches Dreieck Rußland-China-Indien“ zu bilden, das die Voraussetzungen für die gemeinsame Entwicklung Eurasiens — u.a. durch den Bau transkontinentaler Transrapidlinien — schaffen würde.

1999

Als die rot-grüne Bundesregierung beschließt, die Transrapidstrecke Hamburg-Berlin aus Kostengründen zunächst nur eingleisig zu bauen, reagiert die BüSo mit einer gepfefferten Presseerklärung: „Rot-grün schlachtet Transrapid“. Darin heißt es: „Wenn in Berlin (vormals Bonn) die Vernunft (oder die BüSo) regierte, dann wäre man längst dabei, im Rahmen des Aufbaus Ost und der Eurasischen Landbrücke die Pläne für mehrere zigtausend Kilometer Magnetbahnstrecken quer durch Osteuropa umzusetzen — nämlich im Prinzip überall dort, wo ohnehin völlig neue Bahnstrecken gebaut werden müßten oder sich die Modernisierung der alten Strecken für moderne Hochgeschwindigkeitszüge nicht lohnt.“

2000

Die BüSo verurteilt vehement den Ausstieg der Bundesbahn aus der Magnetbahnlinie Hamburg-Berlin, der mit Rückendeckung der rot-grünen Bundesregierung erfolgt und das vorläufige Ende der Transrapidprojekte in Deutschland bedeutet.

Als die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sich für den Bau eines „Metrorapids“ durch das Ruhrgebiet einsetzt, unterstützt dies die BüSo mit einer Erklärung ihres Landesvorsitzenden Karl-Michael Vitt, der jedoch größeren Weitblick bei der Planung einfordert: „Das Ruhrgebiet braucht, um in die Zukunft zu blicken, nicht nur die von Schwanhold vorgesehene Variante des Transrapid, sondern ein Transrapidnetz zur Anbindung der wichtigsten Städte an die zu errichtende Eurasische Landbrücke.“

Rainer Apel begrüßt in der *Neuen Solidarität* das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China über die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für den Bau einer Transrapidlinie zwischen der chinesischen Wirtschaftsmetropole Shanghai und ihrem neuen Flughafen Pudong und weist darauf hin, daß es in der deutschen Chinapolitik noch viel „ungenutztes Potential“ gibt.

2001

Die BüSo nimmt den Abschluß des Vertrags über den Bau der Transrapidlinie Shanghai-Pudong zum Anlaß, erneut den Einsatz des Transrapid in Deutschland zu fordern.

Der BüSo-Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters von Dresden, Ronald Galle, stellt seinen Wahlkampf unter das Motto: „Mit Friedrich List kam die Eisenbahn — mit Ronald Galle kommt der Transrapid!“

Auf der Konferenz des Schiller-Instituts über den „Kampf um das Gemeinwohl der Bürger und Nationen“ diskutieren Teilnehmer aus Deutschland, Rußland, China, Indien, den USA und zahlreichen anderen Ländern über die Bedeutung des Ausbaus der „Eurasischen Landbrücke“ für den Weltfrieden.

Rainer Apel kommentiert die Rücknahme des Magnetbahngesetzes, mit der sich die Bundesregierung von der Förderung der Magnetbahn-Technologie verabschiedete, in der *Neuen Solidarität*: „Mittlerweile müssen diejenigen, die den Transrapid wirklich wollen, den Druck auf die Bundesregierung noch um einiges erhöhen und auch die Landesregierungen dahinbringen, sich nicht nur für lokale Projekte



Wahlplakat der BüSo von 2001 für Berlin

wie in München und Düsseldorf, sondern für bundes- und europaweite Magnetbahnperspektiven stark zu machen.“

Die BüSo-Landesvorsitzende von Berlin und Spitzenkandidatin bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus Monika Hahn sagt in einem Interview mit der *Neuen Solidarität*: „In Rußland, China, aber auch Südkorea und den Ländern Südostasiens wird das Programm der Eurasischen Landbrücke, für das sich die BüSo seit Jahren einsetzt, bereits auf höchster Ebene diskutiert und umgesetzt. Diese Länder suchen die Zusammenarbeit mit Deutschland beim Bau großer Infrastrukturkorridore, wie z.B. den Bau des Transrapid von Berlin über Moskau nach Peking. Darin liegt die große Chance für Berlin.“

BüSo-Bundesvorstandsmitglied Frank Hahn weist in der *Neuen Solidarität* in dem Aufsatz „Das Berliner Handwerk und der Transrapid“ auf die Chancen hin, die der Bau des Transrapids auch für Fachgemeinschaften des Handwerks bietet.

In der BüSo-Broschüre *Der Kampf um das Gemeinwohl der Bürger und Nationen* wird erneut der Bau eines eurasischen Magnetbahnnetzes im Rahmen der Realisierung der Eurasischen Landbrücke gefordert.

2002

Während die etablierten Parteien immer noch einen Eiertanz um die Finanzierung der Transrapid-Kurzstrecken in München und im Ruhrgebiet führen, legt die BüSo Vorschläge zur Finanzierung des Transrapid vor. BüSo-Kandidat Alexander Hartmann schlägt vor, den Transrapid durch zweckgebundene, niedrigverzinsten Infrastrukturanleihen zu finanzieren. Diese seien, wie man an der Nachfrage nach den Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sehen könne, für private Investoren immer noch interessanter — weil sicherer — als die Weltfinanzmärkte in ihrem gegenwärtigen Zustand.

Im Bundestagswahlkampf weist die BüSo darauf hin, daß das Konzept der Hartz-Kommission nur dann aufgehen werde, wenn die vorgeschlagenen „Job-Floater“ der KfW zur Finanzierung großer Infrastrukturprojekte wie des Transrapid genutzt werden. In den Massenmedien wird die BüSo zunehmend als die Partei „für den Transrapid“ identifiziert.

Rainer Apel gibt Bundeskanzler Schröder zu dessen Chinabesuch, in dessen Rahmen die Jungfernfahrt des Transrapid in Shanghai stattfand, in der *Neuen Solidarität* „Ideen für die Kanzlerreise nach Shanghai“ auf den Weg: „Man muß nur über das bisher bei der Kreditanstalt praktizierte Billigkreditprogramm mit langfristigen Tilgungszeiten hinausgehen und zu Infrastrukturanleihen im Umfang von mehreren Milliarden Euro jährlich übergehen. Solche Anleihen können für nationale Aufbauprogramme, aber auch für internationale, wie den Bau einer etwa 10 000 Kilometer langen eurasischen Magnetbahntrasse aufgelegt werden.“

alh

Rufen Sie uns an:

Bundesgeschäftsstelle: 06131/23 73 84

BüSo NRW: 0211-733 78 62

BüSo Bayern: 089-725 40 11

BüSo Hamburg: 0171-8384092

Baden-Württemberg: 0711-6773726

BüSo Niedersachsen: 0511-86 83 27

BüSo Sachsen: 0351-4278140

BüSo Berlin: 030-802 34 05

E-Mail: info@bueso.de · www.bueso.de

oder schreiben Sie an

BüSo · Postf. 221128 · 55050 Mainz